



Im Gemeindebau in Schameder kamen rund 140 Land- und Forstwirte sowie Interessierte zusammen, um den Ausführungen von Nordrhein-Westfalens Umweltminister zu folgen.

Fotos: bw

NRW-Umweltminister Johannes Rimmel stellte am Donnerstagabend – sehr souverän – die Leitlinien rot-grüner Agrarpolitik vor.

„Bauern müssen Geld verdienen können“

SCHAMEDER Nordrhein-Westfalens Umweltminister Johannes Rimmel nahm sich viel Zeit zur Diskussion mit Land- und Forstwirten

Die Landwirtschaft nahm allerdings gegenüber der Forstwirtschaft einen viel größeren Raum ein.

bw ■ Johannes Rimmel erschien eine gute Viertelstunde zu spät am Donnerstagabend in Schameder. „Das hat ja vielleicht mit der Verkehrsanbindung nach Wittgenstein zu tun“, sagte Horst Belz, Vorstandsmitglied der Volksbank Wittgenstein. „Die kleine Spitze zur Straße habe ich erwartet, schuld war aber mein enger Terminkalender“, entgegnete der Umweltminister. Die Konsequenz daraus müsse also nicht eine neue Straße sein, sondern einfach weniger Termine, meinte der Siegener.

Um die „FELS“ und um Ortsumgehungen sollte es am Donnerstagabend aber gar nicht gehen. Johannes Rimmel stellte sich vielmehr auf Einladung der Volksbanken im Kreis Siegen-Wittgenstein und der Landwirtschaftskammer den Fragen vieler heimischer Land- und Forstwirte. Der Umweltminister stellte vor 140 Zuhörern aber zunächst einmal die Leitlinien der rot-grünen Landesregierung in Sachen Agrarpolitik vor sowie über die Herausforderungen der Landwirtschaft im nationalen, im europäischen sowie im globalen Rahmen. Zentrales Ziel sei der Klimaschutz, führte der Siegener aus, „doch was heißt das für die Landwirtschaft?“ Jeder einzelne Bürger in Nordrhein-Westfalen produziere pro Jahr 16 Tonnen CO₂. Zielvorgabe sei, die Menge in den nächsten 40 Jahren auf zwei bis drei Tonnen zu verringern. „Dafür sind gewaltige Anstrengungen notwendig. Und in der Landwirtschaft werden ja weltweit 30 Prozent davon erzeugt.“ Die zweite große Herausforderung sei der Artenschutz und die dritte der Anstieg der Weltbevölkerung bis 2050 auf geschätzte neun Milliarden. „Die Landwirtschaft kann diese Menschen satt machen, denn schon heute könnten wir ja

mit den vorhandenen Flächen zwölf Milliarden Menschen ernähren“, erläuterte Johannes Rimmel. Es gebe aber eine Schiefelage in der Verteilung der Lebensmittel.

Der Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz schlug in dem Zusammenhang vor, in der Landwirtschaft vielleicht doch mehr auf Regionalität zu setzen. Daher benötige auch das Industrieland Nordrhein-Westfalen auch weiter die Landwirtschaft: „Denn natürlich brauchen wir Menschen, die mit Tieren und Pflanzen umgehen können. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass auch auf dem Lande mit der Landwirtschaft Erträge erzielt und Familien ernährt werden können.“ Dafür seien die Bauern die ersten Ansprechpartner. Freilich stelle sich auch derzeit wieder die Frage nach den Agrarsubventionen. „Das EU-Parlament wird dabei diesmal mitsprechen und wir werden bis 2013 eine breite öffentliche Debatte führen müssen“, verriet Johannes Rimmel. Er sei davon überzeugt, „dass wir diese Subventionen brauchen, aber wir müssen die Begründung neu definieren“. Der Minister betonte ferner, die bürokratischen Hemmnisse für die Landwirtschaft müssten abgebaut werden.

Oft sprach Johannes Rimmel von Chancen, die sich den Landwirten böten. Bei der ökologischen Landwirtschaft beispielsweise, „denn in Nordrhein-Westfalen arbeiten nur 4,2 Prozent der Landwirte ökologisch“. Die hohe Nachfrage der Verbraucher nach Bio-Lebensmitteln könne also gar nicht mit dem Anbau in NRW befriedigt werden. Das seien Marktchancen, befand der Minister, „aber natürlich nicht für alle – einen Hofladen aufmachen reicht nicht“. Für mehr Regionalität müssten allerdings die Strukturen aufgebaut werden. So fehle sicher eine Molkerei und außerdem gebe es einfach zu viele Discounter, „die sind der Tod für den Metzger und den Bäcker um die Ecke“, betonte Johannes Rimmel. Außerdem brauche Nordrhein-Westfalen seiner Meinung nach keine neuen Wohnbau- oder Gewer-

beflächen. „Das gilt jedoch nicht für Industrieflächen“, stellte der Minister klar. „Wir müssen da eine Linie zwischen der Industrie und dem Gewerbe ziehen.“ Kreislandwirt Lothar Menn moderierte die anschließende Diskussion und sagte zum Einstieg, der Vortrag sei doch sehr allgemein gewesen: „Es fehlen konkrete Aussagen.“

Dafür fielen die Fragen einiger Zuhörer sehr konkret aus. Karl-Heinz Grenz aus Elsoff wollte eine Einschätzung des Ministers zur Zukunft der Milchviehbetriebe hören. Johannes Rimmel schlug eine verbesserte Vernetzung der Betriebe vor, um über eine selbst organisierte Mengensteuerung auch eine Preissteuerung hinzubekommen. Die Milchquote „können wir uns abschminken“ – sie sei zwar wünschenswert, jedoch politisch nicht durchsetzbar. Ein Zuhörer entgegnete indes: „Die Bündelung von Milchzeugern versuchen wir schon seit 30 Jahren.“ Und zu der geforderten Regionalisierung meinte Henner Braach: „Die Entwicklung geht doch immer weiter in die andere Richtung.“ Über die derzeitigen Probleme bei der Auszahlung der Flächenprämien ärgerte sich Hans-Werner Böhl aus Balde: „Von uns wird Zuverlässigkeit verlangt, die müssen wir auch verlangen dürfen.“ Dieses Problem war dem Minister bekannt, es

dürfe sich in diesem Jahr nicht wiederholen, betonte Johannes Rimmel. Ein Zuhörer forderte, dass es trotz der neuen Grünlandverordnung weiterhin die Möglichkeit geben müsse, Grünland in Anbauflächen umzuwandeln. Dem stimmte der Minister auch zu, allerdings müsse es innerhalb des Landes einen Ausgleich dafür geben.

Neben der Landwirtschaft blieb für Fragen der Forstwirtschaft wenig Raum. Dies bemängelte Karl-Heinz Walle aus Erndtebrück, der aber die Gelegenheit nutzte, um mehr Personal bei den Forstämtern zu fordern: „Denn der Holzmarkt boomt und wir brauchen deshalb eine Aufstockung.“ Der Minister antwortete, dass er die Stellensituation vom Vorgänger übernommen habe – immerhin habe aber die rot-grüne Landesregierung die befristeten Verträge umgewandelt in nun unbefristete. Weitere Zusagen gab es von ihm dazu nicht.

Um das Thema Verkehrsanbindung für Wittgenstein kam Johannes Rimmel aber nicht herum. „Eine Straßenplanung, die 20 bis 30 Jahre alt ist, brauchen wir nicht.“ Es gebe immensen Sanierungsbedarf, deswegen habe die Instandsetzung des Bestands aus seiner Sicht Priorität. „Wir sollten erst das Naheliegende umsetzen, dann können wir über neue Straßen reden.“

Der Grund für Rimmels Besuch

Es hat inzwischen bereits eine gute Tradition, dass die Volksbanken in Siegen-Wittgenstein sowie die Landwirtschaftskammer gemeinsam eine Vortragsveranstaltung für die Landwirte durchführen. Die findet eigentlich nur einmal im Jahr statt und der letzte Vortrag war im November. Dass es nun kurzfristig zu einer Neuaufgabe kam, lag an dem wenig überzeugenden Vortrag, den der Ministerialbeamte Dr. Hans Leser in Vertretung für seinen Minister Johannes Rim-

mel und dessen Staatssekretär Udo Paschedag am 18. November hielt (die SZ berichtete). Wenige Tage nach der missglückten Veranstaltung habe der Minister sich gemeldet und einen neuen Termin angeboten, erklärte Horst Belz aus dem Vorstand der Volksbank Wittgenstein nun am Donnerstagabend. Seinerzeit sei viel offen geblieben, so Johannes Rimmel. Und er versprach: „Wir wollen deswegen klären, was damals ungeklärt geblieben ist.“